ARBEITSMARKT

Tarifparteien drängen von der Leyen

Wegen der anhaltenden Krise drängen die Gewerkschaften und die Wirtschaft die Bundesregierung, die staatlich geförderte Altersteilzeit zu verlängern, die zum Ende des vergangenen Jahres ausgelaufen ist. Am vorigen Mittwoch trug IG-Metall-Chef Berthold Huber in einem persönlichen Gespräch Arbeitsministerin Ursula von der Leyen das Ansinnen vor. Zuvor hatte bereits Gesamtmetall-Chef Martin Kannegiesser gegenüber der Ministerin den gleichen Wunsch geäußert. Auch die Personalvorstände der Dax-30-Konzerne bekräftigten vor kurzem in einem Gespräch mit von der Leyen, dass die Altersteilzeit verlängert werden solle, um betriebsbedingte Kündigungen weiterhin vermeiden zu können. Von der Leyen steht dem Anliegen allerdings sehr skeptisch gegenüber, da sie vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung Fehlanreize vermeiden will. Einen anderen Wunsch von Huber und Kannegiesser will die Ministerin allerdings prüfen. Die beiden wollen auch, dass die partielle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge bei der Kurzarbeit durch die Bundesagentur für Arbeit über 2010 hinaus verlängert wird. Während das für die Kurzarbeit selbst bereits gilt, läuft die Regelung zur Übernahme der Sozialabgaben durch die Agentur Ende 2010 aus.

THOMAS GRABKA (L.); AXEL SCHMIDT / DDP (R.)

Huber, Kannegiesser

Von der Leyen

STEFAN OELSNER / KEYSTONE

Atomkraftwerk Biblis A

ENERGIE

Regierung will alle Reaktoren erhalten

Bei einem Treffen mit den Energieversorgungsunternehmen im Kanzleramt hat sich die Bundesregierung darauf festgelegt, vorerst alle 17 deutschen Atommeiler am Netz zu halten. Auch die Uraltmeiler Neckarwestheim 1 und Biblis A, die nach dem rot-grünen Atomkonsens bald abgeschaltet werden müssten, sollen so lange weiterbetrieben werden, bis sich die schwarz-gelbe Regierung auf ein neues Energiekonzept verständigt hat. Dieses dürfte bis Oktober vorliegen. Um die Kraftwerke weiterlaufen zu lassen, sollen sich die Energiekonzerne eines Tricks bedienen: Sie sollen nicht verbrauchte Stromkontingente von anderen Anlagen auf die Reaktoren Neckarwestheim und Biblis übertragen dürfen. Über die Details des Laufzeitentransfers müssen sich die Betreiber untereinander verständigen. Über das Vorhaben der Regierung, die Atomlaufzeiten generell zu verlängern, wird erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai entschieden werden.

TEXTILIEN

Bio-Baumwolle mit Gentechnik

Der Ende vergangener Woche bekannt gewordene Betrug mit Bio-Baumwolle ist Kennern der Branche offenbar schon länger bekannt. Bereits vor einem Jahr auf der Nürnberger Messe Biofach, so der Leiter einer großen Kontrollstelle, sei über die gentechnische Verunreinigung von indischer Bio-Baumwolle gesprochen worden. Im April 2009, so berichtet die „Financial Times Deutschland“, habe dann die indische Agrarbehörde Apeda zugeschlagen. Deren Direktor sprach von einem „gigantischen“ Betrug mit vermeintlicher Bio-Baumwolle – die offenbar gentechnisch verändert war. Eine solche Verunreinigung sollen Öko-Zertifizierungen eigentlich ausschließen. Unter Verdacht geriet neben Dutzenden Produzenten auch der niederländische Zertifizierer Control Union, der etwa für die Textilkette H&M prüft. Doch deren Sprecher wiegeln ab: „Gefakte Bio-Baumwolle“ habe man nicht zertifiziert. Eine vom Unternehmen kontrollierte Kooperative, gibt ein Sprecher jedoch zu, sei allerdings schon 2007 unter Verunreinigungsverdacht geraten. Control Union habe dann strengere Regeln eingeführt und dadurch erheblich Marktanteile verloren. Das Problem in Indien ist die nahe Koexistenz von Gentech- und Bio-Anbau: Während bereits rund 70 Prozent der angebauten Baumwolle gentechnisch veränderte Pflanzen sein sollen, wächst gleichzeitig die Nachfrage an Bio-Baumwolle, die die Produzenten teurer verkaufen können: Binnen vier Jahren stieg die weltweite Produktion von 20 000 auf 141 000 Tonnen – ein Wachstum, das auch bei Zertifizierern Zweifel aufkommen lässt.

JÖRG BÖTHLING/AGENDA

Lagerplatz von Bio-Baumwolle in Indien